

Farfeleder Franz, MMag.
Peilstein 17
3355 Ertl
franz.farfeleder@kt-net.at

Ertl, am 22. 9. 2013

An die
Parlamentsdirektion
elektr. Übermittlung
(zur Veröffentlichung)

Betreff: Stellungnahme zum neuen Lehrerdienstrecht

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Ihnen vorliegende Entwurf zum neuen Lehrer-Dienstrecht stellt für das österreichische Bildungswesen sowohl in dienstrechtlicher als auch in pädagogischer Hinsicht eine Verschlechterung ungeahnten Ausmaßes dar. Ich fordere Sie daher auf, diesem Gesetzesentwurf nicht zuzustimmen! Grundsätzlich ist der gegenständliche Entwurf in vielen Punkten abzulehnen, insbesondere hinsichtlich der folgenden Aspekte:

- Die Lehrer-Arbeitszeit soll gravierend erhöht werden ohne darauf Rücksicht zu nehmen, dass lt. Lehrerarbeitszeit-Studie LehrerIn 2000 Österreichs PädagogInnen zumindest ebenso viel arbeiten wie alle übrigen DienstnehmerInnen oder sogar noch mehr als eine 40-Stunden Woche erbringen.
- Das geplante neue Lehrer-Dienstrecht stellt lediglich ein Sparpaket dar, das den PädagogInnen in ihrer Lebensverdienstsumme eine Einbuße von jeweils bis zu einer halben Million Euro bescheren würde.
- Die hohe Arbeits- und psychische Belastung der österreichischen PädagogInnen wird mit diesem Lehrer-Dienstrecht noch verschärft, von einem stets geforderten Support-Personal (PsychologInnen, ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen, administrative Unterstützungskräfte) ist überhaupt keine Rede.
- Die Ausbildung der PädagogInnen und somit die Anstellungserfordernisse für diesen verantwortungsvollen Beruf werden auf Mindestmaß (Bachelor) reduziert. Es grenzt an Fahrlässigkeit, LehrerInnen nach Maßgabe sogar in jedem beliebigen Gegenstand einzusetzen, für den sie nicht qualifiziert ausgebildet sind.
- Die **Induktionsphase** ist aus unserer Sicht nicht durchführbar, weil eine volle Unterrichtsverpflichtung von 24 Wochenstunden verbunden mit einer Hospitierverspflichtung und Induktionslehrveranstaltungen außerhalb der Unterrichtszeit nicht zu bewältigen ist. Da besonders am Anfang der Lehrtätigkeit intensive Vor- und Nachbereitung unerlässlich sind (mindestens eine Stunde für Vor- und Nachbereitung pro Wochenstunde), stellt dies eine unzumutbare Gesamtbelastung dar.
- Die **Qualität des Unterrichts** kann dadurch nicht mehr gewährleistet werden, dass Lehrerinnen und Lehrer unabhängig von ihrer spezifischen Ausbildung an jeder Schulart in jedem beliebigen Fach auch gegen ihren Willen eingesetzt werden.
- Insbesondere bei Sprachlehrerinnen und -lehrern ist die **Erhöhung der Lehrverpflichtung** auf 24 Wochenstunden unzumutbar, da derzeit bereits viele jener Kolleginnen und Kollegen aufgrund der Überbelastung durch Korrekturarbeiten teilzeitbeschäftigt sind.
- Neben einer Vollbeschäftigung ist es kaum möglich, ein **Masterstudium** berufsbegleitend zu absolvieren, weshalb ein zwischenzeitlicher Ausstieg aus dem Berufsleben für viele notwendig sein wird.

Besonders empörend ist der Umstand, dass hier über die bisher bewährte sozialpartnerschaftliche Vorgehensweise hinweg politische Agitation betrieben wird.

Bitte treten Sie dafür ein, dass in diesem Land demokratische, rechtsstaatliche und eben auch sozialpartnerschaftliche Prinzipien oberste Maxime bleiben!

Im Vertrauen auf Ihr verantwortungsbewusstes Handeln verbleibe ich
Mit freundlichen Grüßen

Mag. Franz Farfeleder